

Glaubwürdigkeit und Transparenz

LINKE Abgeordnete veröffentlichen Nebeneinkünfte

Mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes (Einführung eines neuen Paragraphen 42a) will die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag die Veröffentlichungspflicht für eine Reihe von Tätigkeiten und Einnahmen von Landtagsabgeordneten erreichen. Verhindert werden soll, so heißt es in der Begründung, „dass in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess im Parlament in verdeckter, nicht nachvollziehbarer Weise sachwidrige Wirtschafts- und Machtinteressen Eingang finden.“

Aus Sicht der Linksfraktion ist es daher unverzichtbar, „dass die Bürgerinnen und Bürger sich ein zutreffendes und umfassendes Bild darüber machen können, welche Interessen- bzw. ideellen und vor allem finanziellen Abhängigkeiten die politischen Aktivitäten und Entscheidungen von Abgeordneten mit beeinflussen (können)“, wie es in der Begründung des Gesetzentwurfs weiter heißt. Im Interesse politischer Glaubwürdigkeit hat die Linksfraktion beschlossen, unabhängig vom Ausgang der Plenardebatte zu dieser par-

lamentarischen Initiative im eigenen Verantwortungsbereich beispielhaft Transparenz vorzuleben und die Informationen zu Nebentätigkeiten und -einkünften der Fraktionsmitglieder entsprechend des Gesetzentwurfs im Internet zu veröffentlichen. Erfasst sind beispielweise neben dem Mandat ausgeübte Berufe, Mandate in Kommunalparlamenten, vergütete und ehrenamtliche Vorstands- und Aufsichtsratsmandate, Funktionen in Verbänden auf Landes- und Bundesebene sowie die Beteiligung an Gesellschaften. Selbst Nebentätigkeiten, mit denen keine Einnahmen verbunden sind, werden aufgeführt.

Hier finden Sie Informationen zu Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften der Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

http://www.die-linke-thl.de/themen/themen_a_z/i_o/nebeneinkuenfte/

Für die Abgeordneten sind die entsprechenden Angaben jeweils auf einem übersichtlichen Formular dargestellt.

Stefan Wogawa

Antifaschismus wieder im Visier

Der Springer-Autor Henrdyk M. Broder, der nach eigenen Angaben „seine journalistische Karriere bei den St. Pauli Nachrichten begonnen hat und von einer Kammer des Berliner Landgerichts als ‘Pornograf’ anerkannt wurde“, hat erneut das antifaschistische Engagement von Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, angegriffen. Auf der Homepage der Zeitung „Die Welt“ schrieb Broder am 24.2., „der ‘Kampf gegen Rechts’, den Ramelow und seine Freunde predigen, ist der Asbach Uralt im Repertoire der Linken, den schon die SED zum Programm erklärt und mit dem Bau des ‘antifaschistischen Schutzwalls’ vollendet hat.“

Broder hatte 2010 vergeblich für das Amt des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland kandidiert, denn der sei in einem „erbärmlichen Zustand“, und angekündigt, sich als Präsident dafür einzusetzen, die Leugnung des Holocaust als Straftatbestand aufzuheben.

Bereits während einer Kampagne im Jahr 2012 war in einer Analyse geäußert worden, Broder attackiere Ramelow wegen dessen Engagement gegen Neonazis und für das Erinnern an die im Holocaust ermordeten europäischen Juden. (sw)

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Allerlei Statistik

Die Regierung, das unbekannte Wesen? Das gilt zumindest in Brandenburg. Denn das war jüngst den Medien zu entnehmen: Nur 41 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger wissen überhaupt, dass ihr Bundesland von einer Koalition aus SPD und DIE LINKE regiert wird. Dabei ist diese Regierung schon seit November 2009 im Amt. Jeweils acht Prozent glauben, dass in Brandenburg gerade eine Koalition von SPD und CDU bzw. eine von SPD und Grünen am Ruder sei...

Über die Gründe darf ruhig spekuliert werden. Denn: „Politiker sind eifrige Interpreten von Umfrageergebnissen“ (einem Buch entnommen, das ich einst im Studium angeschafft habe: „Grundzüge der Markt- und Meinungsforschung“).

Wichtig ist: Mit der Regierung in Brandenburg sind 57 Prozent der Menschen zufrieden. Noch besser wäre es, wenn diese Menschen auch wüssten, dass es die Politik von SPD und DIE LINKE ist, mit der sie zufrieden sind! Sogar 14 Prozent der Anhänger der CDU sind in Brandenburg mit der Politik der LINKEN zufrieden. Fast unheimlich: Sieben Prozent der Brandenburger wünschen sich eine Koalition von CDU und Linkspartei, Tendenz steigend. Sollte man besser sagen: Der Wähler (und die Wählerin), das unbekannte Wesen?! Oder sich darauf verlassen: „Statistische Aussagen sind bestenfalls so verlässlich wie die Daten, auf die sie sich beziehen!“ (aus meinem alten Lehrbuch „Angewandte Statistik“).

Zufrieden mit der Thüringer Landesregierung waren im vergangenen Jahr nur 39 Prozent. Das wird sich auch nicht ändern angesichts politischer Scharlatanerie: die Landesregierung enthält sich im Bundesrat beim Mindestlohn – und Vizechef Christoph Matschie (SPD) freut sich anschließend, dass der Beschluss trotzdem gefasst wurde. Was hilft gegen politische Schizophrenie?

Besuch in der Grundschule Wintersdorf

Kürzlich besuchte die Landtagsabgeordnete der LINKEN Dr. Birgit Klauert die 4. Klassenstufe der Grundschule Wintersdorf.

Die Schülerinnen und Schüler wollen am 18. März nach Erfurt in den Landtag fahren. Dort erfahren sie, was ein Parlament ist, wie Gesetze ge-

waren spontan alle von dem Vorschlag begeistert, diese auf ein halbes Jahr zu verlängern. Birgit Klauert, Vizepräsidentin des Landtages, versprach daraufhin, nach ihrer Klassenfahrt noch einmal wiederzukommen und gemeinsam mit ihnen „Parlament“ zu spielen. Mal sehen, ob dann immer noch alle, nach Für- und Gegenrede, für ein halbes Jahr Ferien stimmen.

Im Anschluss an die Scheckübergabe war noch etwas Zeit, um ein intensiveres Gespräch mit der Schulleiterin und einigen Lehrerinnen über Schul-

politik und Bildungssystem zu führen. Im Gespräch wurde kritisiert, dass immer öfter die Anforderungen, die von Politik und Gesellschaft an Schulen gestellt werden, im Missverhältnis zu ihrer materiellen und vor allem personellen Ausstattung stehen.

Es könne nicht sein, dass Schule als universelle Reparaturanstalt für alle gesellschaftlichen Probleme angesehen werde. Es wurde aber auch deutlich, dass die gern mit den Kindern arbeitenden Lehrerinnen und Erzieherinnen der Grundschule Wintersdorf sich engagiert und zum Teil sogar handwerklich für ihre Schule einsetzen.

Falko Neubert, Gabi Porzig



Eine Spende der Alternative 54 e.V. der Landtagsabgeordneten der LINKEN übergab Dieter Hausold an Frau Kubusch, Lehrerin an der IGS in Gerulusan, für eine Studienfahrt des Geschichtskurses in die KZ-Gedenkstätte Auschwitz. Seit Gründung des Vereins im Jahr 1995 wurden fast 850.000 Spenden-Euro ausgereicht.■



macht werden und wie Demokratie funktioniert. Weiterhin soll die Landeshauptstadt mit ihren Höhepunkten (z.B. Dom, Severikirche oder Krämerbrücke) erkundet werden. Da die Fahrtkosten bisher nur für höhere Klassenstufen von der Landtagsverwaltung übernommen werden, hat sich Birgit Klauert entschlossen, für dieses Projekt den Schülern 150 Euro zu spenden.

Vor der Scheckübergabe lauschten die Kinder aufmerksam den Worten der Landtagsabgeordneten, die sehr anschaulich schon einmal einen kleinen Vorgeschmack auf den kommenden Wandertag der Klassenstufe lieferte. Auf die Bemerkung, dass im Thüringer Landtag auch die Länge der Ferien beschlossen werden kann,

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.